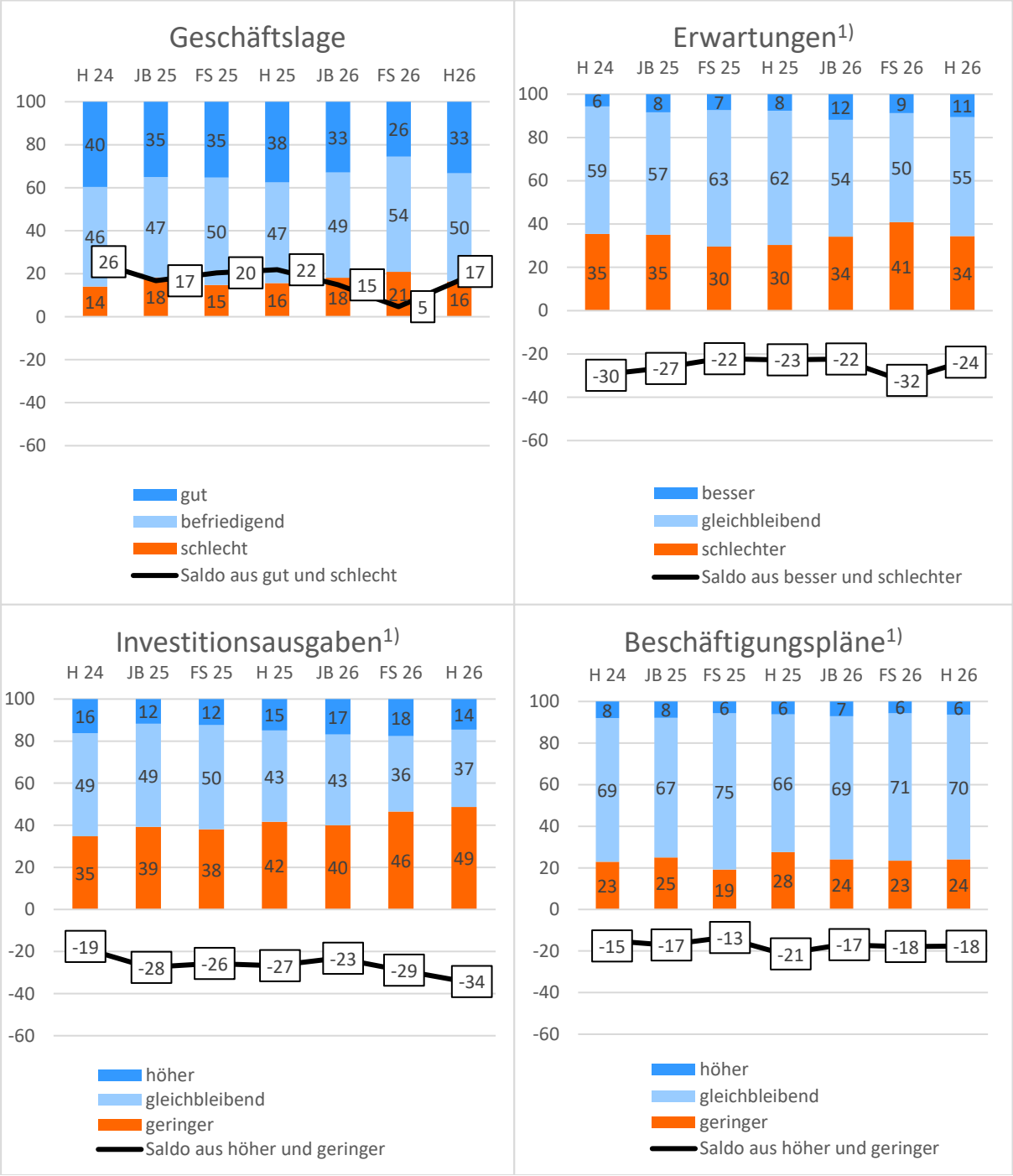
IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2026

Urteil der Unternehmen in %, Salden in Prozentpunkten



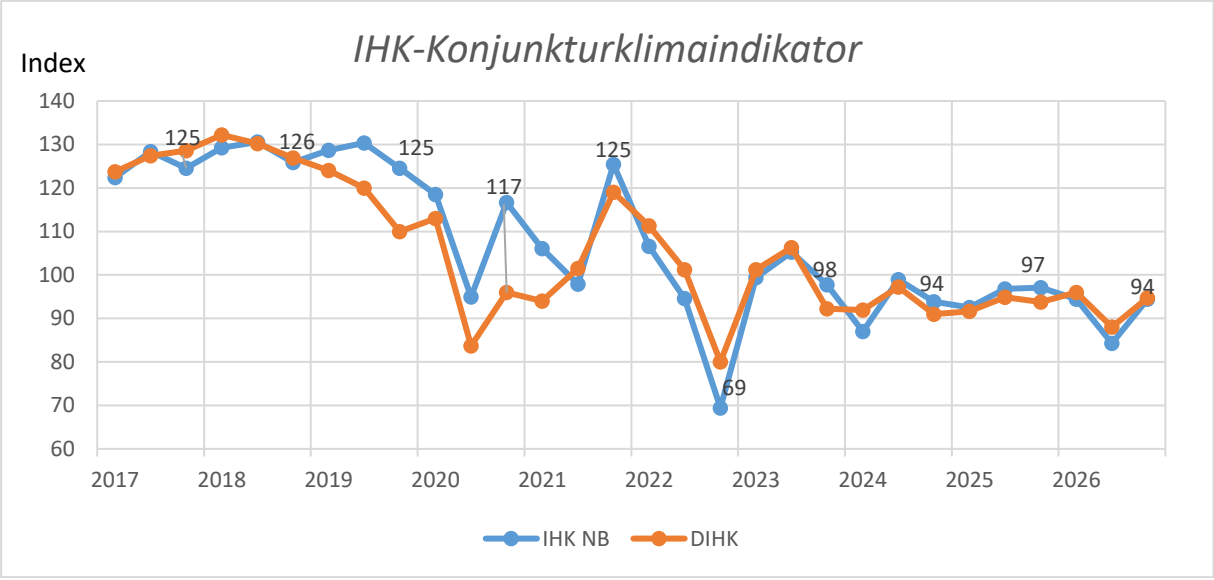
[1] Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft signalisiert leichte Erholung

Für die aktuelle Konjunkturumfrage (H 26) wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 7. September 2026 bis 2. Oktober 2026 befragt.[1] Die Geschäftslage in der gewerblichen Wirtschaft hat sich seit der Umfrage vom Frühsommer 2026 verbessert. Mehr Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage als gut und weniger Unternehmen schätzen sie als schlecht ein, so dass der Geschäftslagesaldo (Differenz der prozentualen „gut"- und „schlecht"-Meldungen) von 5 auf 17 Prozentpunkte gestiegen ist. Die günstigere Beurteilung der Geschäftslage geht einher mit einer Erholung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Diese beruht zum einen auf den durch den KI-Boom ausgelösten Impulsen auf die Weltwirtschaft. Außerdem hat die deutsche Wirtschaft von den Produktionseinschränkungen von Wettbewerbern in der Golfregion und einer starken in- und ausländischen Nachfrage nach deutscher Sicherheits- und Verteidigungstechnik profitiert. Allerdings deuten die negativen Angaben der regionalen Unternehmen zur Gewinnlage darauf hin - der Gewinnlagesaldo, als Differenz der positiven und negativen Meldungen zur Gewinnlage beträgt -13 Prozentpunkte -, dass der Wettbewerb sie erheblich unter Druck setzt und sie ihre Verkäufe zum Teil durch Abstriche bei den Gewinnen sichern.
Nicht nur die Geschäftslage sondern auch die Geschäftserwartungen haben sich verbessert. Im östlichen Mecklenburg-Vorpommern schauen weniger Unternehmen als bei der Vorumfrage pessimistisch auf die nächsten 12 Monate. Der Erwartungssaldo steigt von -32 auf -24 Prozentpunkte. Der optimistischere Blick auf die kommenden 12 Monate ist ebenfalls bundesweit zu beobachten. Der ifo-Konjunkturklimaindex ist seit Juli 2026 aufwärtsgerichtet und die gesamtwirtschaftlichen Prognosen für dieses und das kommende Jahr wurden angehoben. Die Einschätzung der regionalen Wirtschaft bezüglich der Auftragslage lassen jedoch weder eine dynamische noch eine über längere Zeit anhaltende Erholung erwarten. 28 % der Unternehmen beurteilen die Auftragslage als gut, 22 % als schlecht, so dass der Auftragslagesaldo auf dem niedrigen Niveau der Vorumfragen dieses Jahres verharrt.

Die bessere Beurteilung der Wirtschaftslage und die optimistischeren Erwartungen haben den **Konjunkturklimaindex von 84 auf 94 Indexpunkte ansteigen lassen**. Das zehnjährige Mittel liegt dagegen bei 107 Indexpunkten (Abb. 1).

Abb. 1

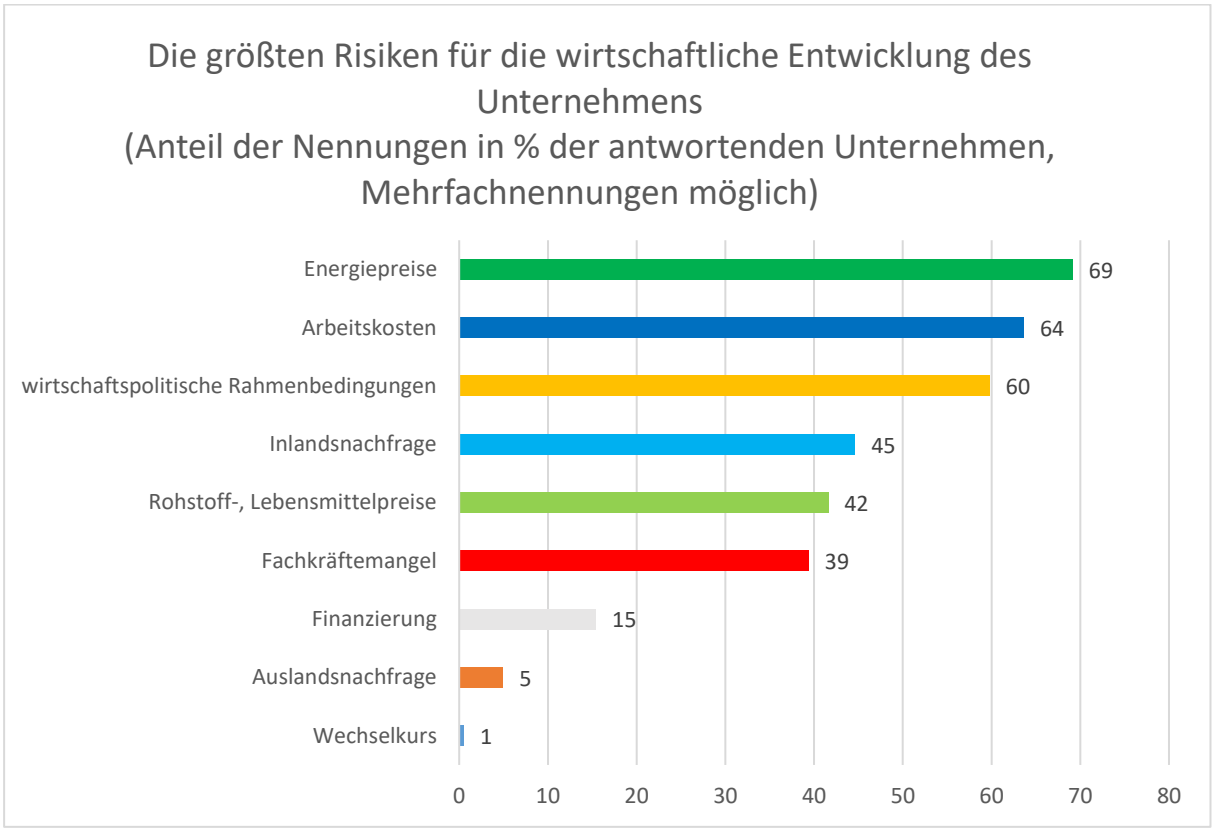


Die Antworten auf die Frage nach den aktuellen Geschäftsrisiken (Abb. 2) zeigen, in welch schwierigem Umfeld die Unternehmen aktuell agieren. 69 % (FS 26: 70 %) der Unternehmen sehen ihre Geschäfte durch

[1] Für die Konjunkturumfrage wurden rund 1200 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 366. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

die hohen Energiepreise[2] in Gefahr, 64 % (FS 26: 68 %) beklagen die Arbeitskosten als Geschäftsrisiko; denn der Gesetzgeber erhöht die Arbeitskosten zum 1. Januar 2027 weiter, zum einen durch die Anhebung des Mindestlohns zum anderen durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen. An dritter Stelle unter den Geschäftsrisiken werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen genannt (H 26: 60 %, FS 26: 63 %). Hier beschweren sich die Unternehmen über die aktuelle Politik, die sie für hohe Lohnneben- und Bürokratiekosten, eine hohe Steuern- und Abgabenlast, sowie eine hohe Planungsunsicherheit verantwortlich macht. Inlandsnachfrage, Rohstoffpreise und Fachkräftemangel haben aktuell zwar einen geringeren Stellenwert, sind aber mit 45 %, 42 % und 39 % der Nennungen durchaus in der gewerblichen Wirtschaft der IHK-Region als Geschäftsrisiken präsent.

Abb. 2



Die positiveren Erwartungen führen nicht zu einer Erhöhung der Investitionsbereitschaft. Knapp die Hälfte der Unternehmen gibt an, dass sie ihre Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten verringern werden und nur 14 % planen eine Erhöhung. Damit fällt der Investitionssaldo erneut und liegt nun bei - 34 Prozentpunkten. Die schlechte Gewinnlage drückt die Investitionsbereitschaft und den Unternehmen fehlt die Zuversicht, dass die Politik die Reformen umsetzt, die zu einer Kostensenkung und damit einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit führen würden. Nur 20 % der Unternehmen planen Investitionen von über 100.000 € und gut ein Viertel sieht keine Investitionsausgaben vor. Neben Ersatzinvestitionen spielen Rationalisierungsinvestitionen eine Rolle, werden aber auch nur von 23 % der Unternehmen als Investitionsmotiv genannt. Kapazitätsausweitung steht bei 20 % der Unternehmen als Investitionsmotiv im Vordergrund, Produktinnovationen bei 19 %.

Gut 25 % der Unternehmen exportieren Güter oder Dienstleistungen (das Gastgewerbe in Form von Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen an Ausländer im Inland). Etwa 60 % von ihnen gehen von gleichbleibenden, knapp 30 % von sinkenden und gut 10 % von steigenden Exportvolumina aus.

[2] Ab der aktuellen Umfrage werden die Nennungen der Energie- und der Rohstoffpreise als Geschäftsrisiken zur besseren Interpretierbarkeit getrennt ausgewiesen.

Die lang anhaltende Schwächephase der gewerblichen Wirtschaft bei gleichzeitig steigenden Arbeitskosten manifestiert sich in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen. Nur wenige Unternehmen planen, ihre Beschäftigung auszuweiten (6 %), während 24 % von rückläufigen Mitarbeiterzahlen ausgehen. Nur noch 30 % der Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können. Diese Zahl lag bei der Herbstumfrage 2023 noch bei 43 % und ist seither stetig gesunken. Während damals nur 7 % der Unternehmen davon sprachen, keine Probleme bei der Besetzung von Stellen zu haben, sagen dies nun 18 %. 53 % (H 23: 48 %) der Unternehmen, bei denen offene Stellen nicht besetzt werden können, hätten gern Personen mit dualer Ausbildung eingestellt. 35 % (H 23: 43 %) planten Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung einzustellen. Dies zeigt, dass die Nachfrage der Unternehmen nach unqualifizierten Arbeitskräften seit 2023 nachgelassen hat. Personen mit dualer Berufsausbildung sind dagegen weiterhin gesucht und schwer zu finden.

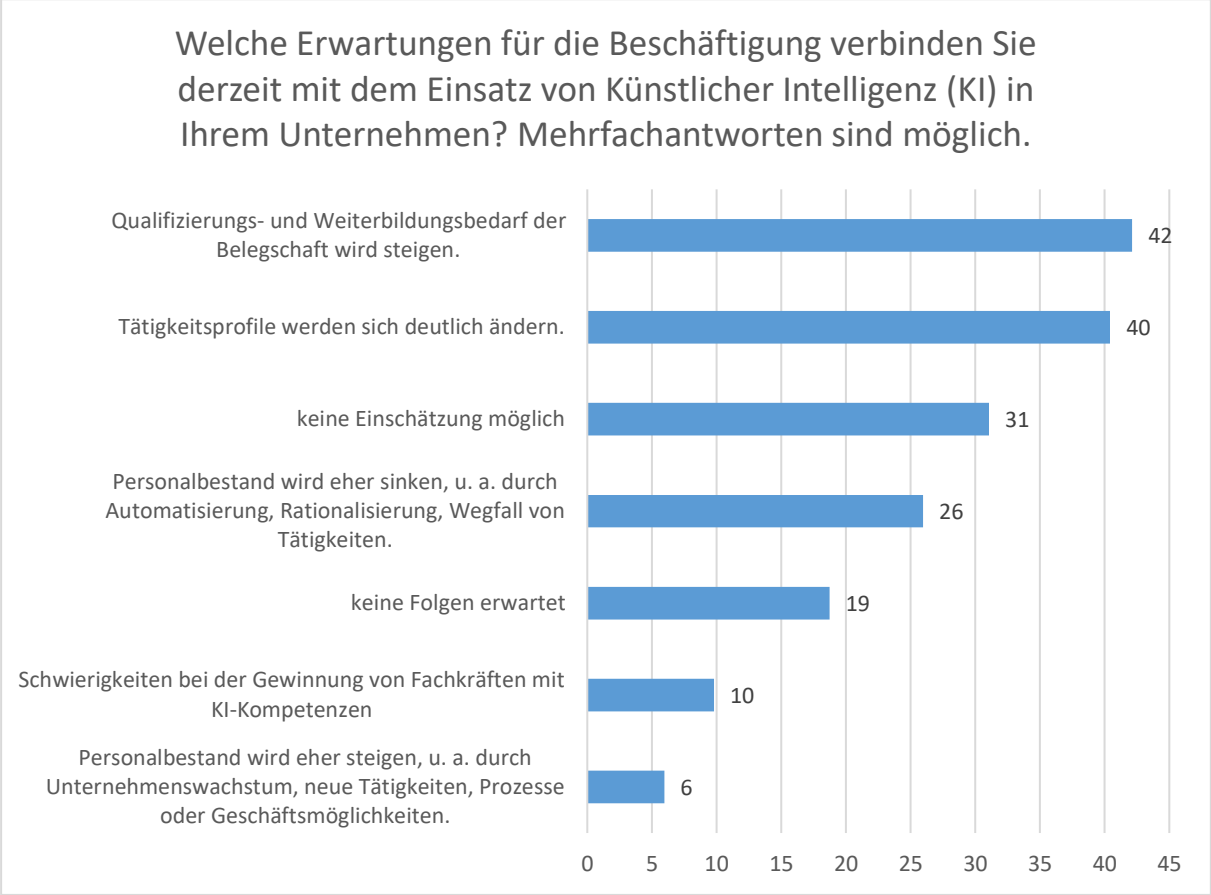
Die Antworten der Unternehmen zur Bedeutung verschiedener aktuell diskutierter Arbeitsmarktreformen für ihr Unternehmen zeigen, dass die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge als prioritär angesehen wird (Abb. 3). Dies bestätigt, dass die Unternehmen kostenseitig aktuell sehr unter Druck stehen und sie sehen voraus, dass die zum 1. Januar vorgesehenen Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge ihre Wettbewerbsposition weiter verschlechtern werden. Deutlich weniger Unternehmen, aber immerhin fast jedes zweite, halten Arbeitszeitflexibilisierung für wichtig. An dritter und vierter Stelle stehen die Flexibilisierung beim Kündigungsschutz und die Ausweitung befristeter Beschäftigung. Eine (weitere) Erleichterung der Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland wird nur von 17 % der Unternehmen als wichtig erachtet.

Abb. 3



Künstliche Intelligenz wird den Arbeitsmarkt verändern. Knapp zwei Drittel der Unternehmen im östlichen Mecklenburg-Vorpommern setzen aktuell schon KI ein oder planen deren Einsatz. Wie sich KI ihrer Ansicht nach auf die Beschäftigung auswirken wird, zeigt Abbildung 4.

Abb. 4



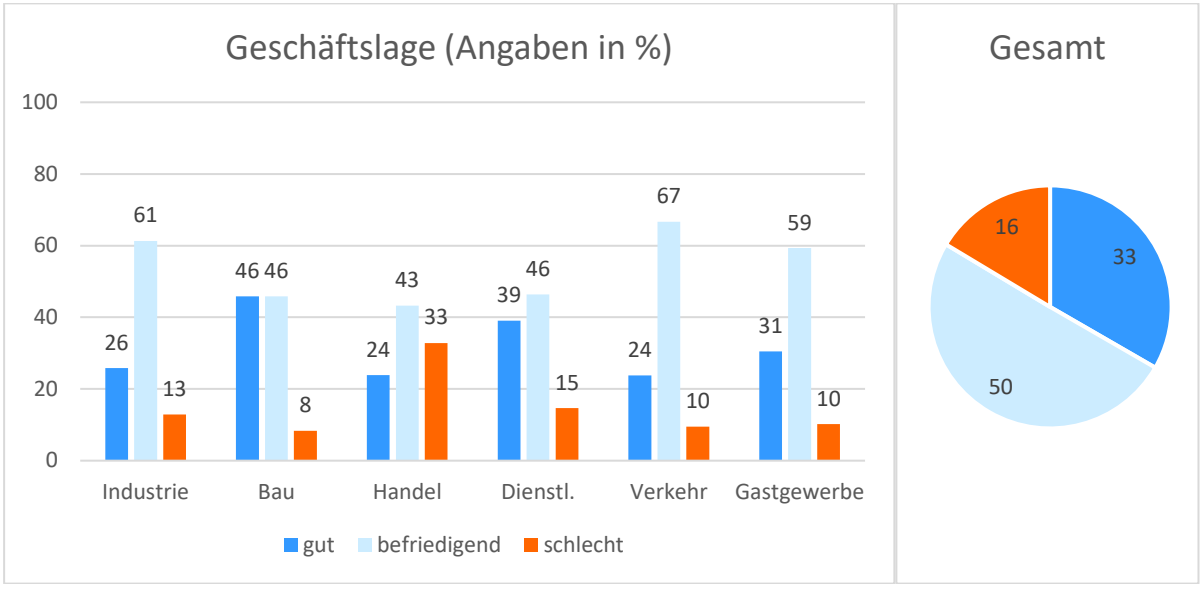
Jeweils etwa 40 % gehen davon aus, dass der Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf der Belegschaft steigen wird und die Tätigkeitsprofile sich deutlich ändern werden. Gut jedes vierte Unternehmen erwartet, dass der Personalbestand des eigenen Unternehmens eher sinken wird. Nur 6 % sehen die Möglichkeit, dass KI Wachstumsprozesse auslösen wird, die sie zu einer Vergrößerung der Belegschaft veranlassen würde. Allerdings unterscheiden sich die Branchen in ihrem aktuellen oder geplanten Einsatz von KI stark voneinander. Während schon 77 % der Industrieunternehmen KI einsetzen, ist dies im Baugewerbe nur bei jedem vierten Unternehmen der Fall. Groß ist auch der Unterschied innerhalb des Gastgewerbes. In der Beherberung setzt fast jedes zweite Unternehmen KI ein. Anwendungsfelder sind u. a. Preisoptimierung, Gästekommunikation oder auch die Erstellung von Dienstplänen. In der Gastronomie nutzen dagegen nur etwa ein Fünftel der Unternehmen KI.

Gut 25 % der Unternehmen exportieren Güter oder Dienstleistungen (das Gastgewerbe in Form von Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen an Ausländer im Inland). Etwa 60 % von ihnen gehen von gleichbleibenden, knapp 30 % von sinkenden und gut 10 % von steigenden Exportvolumina aus.

Die Entwicklung in den Branchen

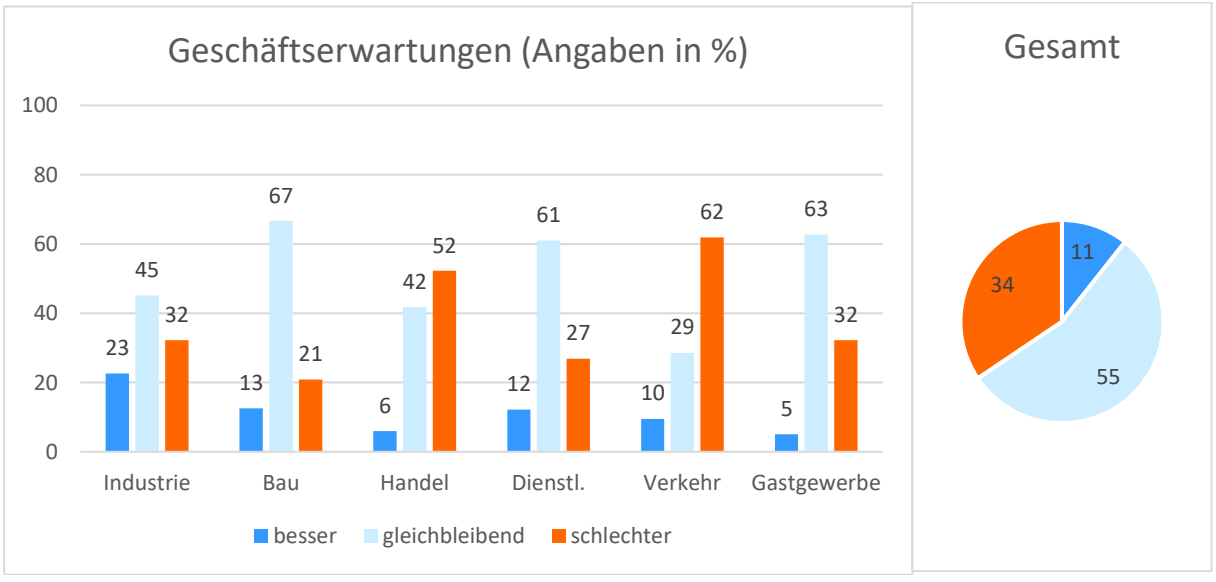
Die Geschäftslage in der *Industrie* hat sich gegenüber der Vorumfrage etwas verbessert. 26 % der Industrieunternehmen schätzen ihre Lage als gut ein (FS 26: 21 %), 13 % halten sie für schlecht (FS 26: 15 %) (Abb. 5).

Abb. 5



Ihre Auftragslage stellt sich dagegen ungünstiger dar als bei der Vorumfrage. Hier ist der Saldo von +6 Prozentpunkten bei der Umfrage vom Frühsommer 2026 auf nun -3 Prozentpunkte gefallen. Es ist daher nicht offenkundig, dass die Unternehmen der IHK-Region von der auf Bundesebene zu beobachtenden höheren Nachfrage nach Industriegütern aus dem In- und Ausland profitieren. Auch die Meldungen zur Gewinnlage sind beunruhigend. Nur 10 % der Industrieunternehmen sprechen von einer guten und knapp 40 % von einer schlechten Gewinnlage. Der Gewinnlagesaldo ist mit -29 Prozentpunkten so schlecht wie in den letzten 10 Jahren nicht. Auf die kommenden 12 Monate blicken die Unternehmen überwiegend pessimistisch und auch gegenüber der Vorumfrage hat sich die Stimmung kaum aufgehellt. 68 % der Unternehmen berichten, dass die Arbeitskosten ein Risiko für ihre Geschäftstätigkeit sind, knapp gefolgt von den Energiepreisen, die von 65 % der Industrieunternehmen genannt werden. Dass die Inlandsnachfrage mit Nennung von 61 % der Unternehmen an dritter Stelle steht, passt zur schlechten Bewertung der aktuellen Auftragslage. Die regionale Industrie leidet u. a. unter der mangelnden Nachfrage nach deutschen PKW und der schwachen Nachfrage nach privatem Wohnungs- und Gewerbebau.
Die Erwartungen in der Industrie für die kommenden 12 Monate haben sich gegenüber der Vorumfrage kaum verändert (Abb. 6). Der Erwartungssaldo liegt bei -10 Prozentpunkten (FS 26: -12 Prozentpunkte).

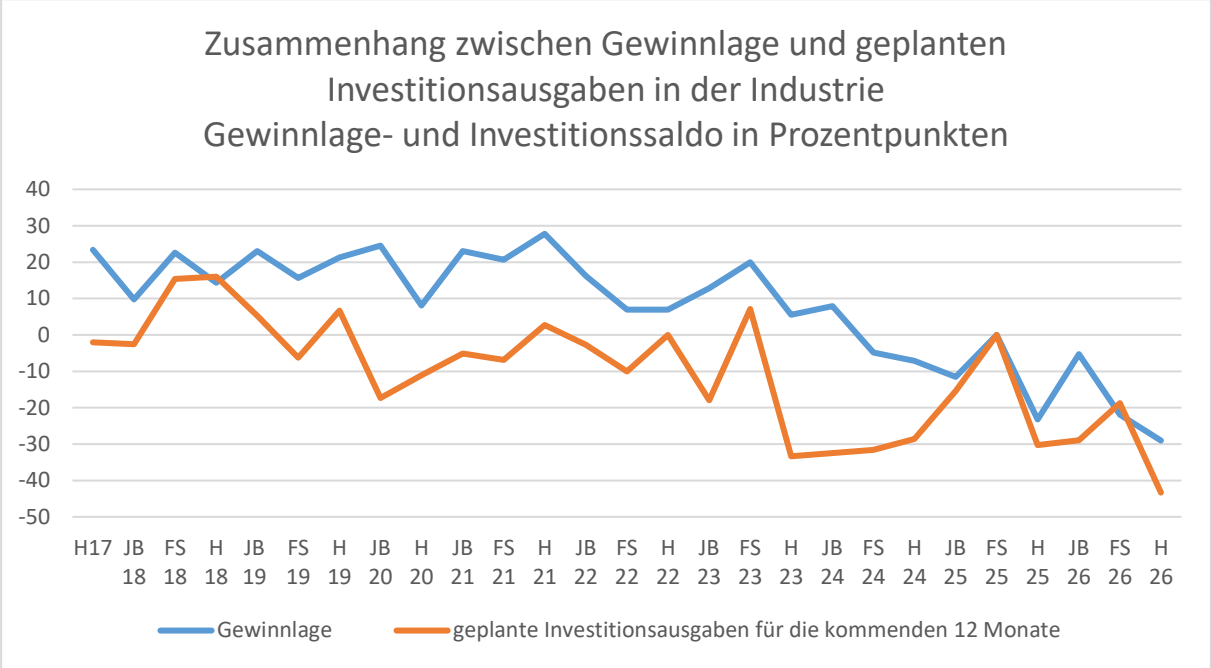
Abb. 6



Die überwiegend negativen Erwartungen bzgl. der eigenen Geschäftsentwicklung und die sehr schlechte Bewertung der Gewinnlage halten die Unternehmen von Investitionen ab. Abbildung 7 zeigt den starken

Zusammenhang zwischen Gewinnlage und geplanten Investitionsausgaben der Unternehmen in den Konjunkturumfragen der letzten 10 Jahre. Neben Ersatzbedarf, der von 85 % der Industrieunternehmen als Investitionsmotiv genannt wird, spielt Rationalisierung mit 37 % Nennungen die wichtigste Rolle.

Abb. 7



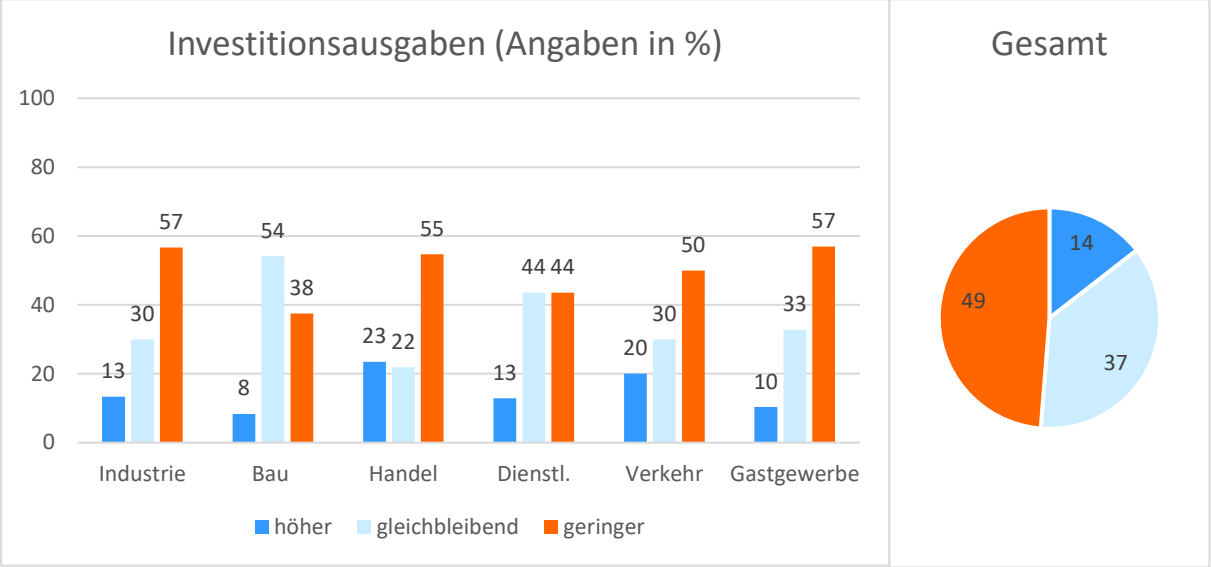
Die schwierige wirtschaftliche Lage der Industrieunternehmen wirkt sich auf ihr Einstellungsverhalten aus. Ein Drittel der Unternehmen geht für die kommenden 12 Monate von einer Verkleinerung und nur 13 % von einer Vergrößerung ihrer Belegschaft aus, so dass der Beschäftigungssaldo bei -20 Prozentpunkten liegt (Abb. 10). 48 % der Unternehmen suchen derzeit keine neuen Mitarbeiter und 27 % haben keine Probleme bei der Stellenbesetzung. Nur noch knapp 30 % der Industrieunternehmen nennen den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko.
KI-Nutzung spielt in der Industrie eine größere Rolle als in der gewerblichen Wirtschaft im Durchschnitt. 78 % der Industrieunternehmen nutzen schon heute KI oder planen die KI-Nutzung im Unternehmen.

Die kammerzugehörige *Bauwirtschaft* beurteilt die wirtschaftliche Lage im Wesentlichen als gut oder befriedigend und damit besser als bei den Vorumfragen dieses Jahres. Das Baugewerbe profitiert zurzeit von öffentlichen Bauaufträgen, mit denen notwendige Infrastruktur- und Sanierungsmaßnahmen – u. a. die im Rahmen des Sondervermögens ausgewählten, umgesetzt werden. Jedes zweite Unternehmen schätzt seine Auftragslage als befriedigend und jedes dritte als gut ein. Außerdem hat sich die Gewinnlage gegenüber den Vorumfragen verbessert. Erheblich mehr Unternehmen sprechen von einer guten als von einer schlechten Gewinnlage, so dass der Gewinnlagesaldo bei +13 Prozentpunkten liegt. Damit scheint die Gewinnlage im Baugewerbe viel günstiger zu sein als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Hier spielt eine Rolle, dass die hohe öffentliche Nachfrage nach Bauleistungen auf eine Bauwirtschaft trifft, die ihre Kapazitäten kaum noch erweitern kann. Jedes zweite Unternehmen gibt an, dass offene Stellen längerfristig nicht besetzt werden können. Den Bauunternehmen gelingt es aufgrund der branchenweiten Kapazitätsengpässe offenbar, Arbeitskosten-, Energiepreis- und Materialpreissteigerungen besser an ihre Kunden weiterzugeben als dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Angesichts einer guten wirtschaftlichen Lage haben sich die bei der Vorumfrage noch sehr negativen Erwartungen stark verbessert. Der Erwartungssaldo liegt nun bei -8 Prozentpunkten (FS 26: -32 Prozentpunkte). Aufgrund der hohen Auslastung ihrer Mitarbeiter bei einer gleichzeitig hohen Nachfrage nach Bauleistungen sehen knapp vier von fünf Bauunternehmen den Fachkräftemangel als Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. Die Materialpreise werden von 71 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt und die Energiepreise und Arbeitskosten jeweils von 67 % der Unternehmen.
Die günstigeren Erwartungen und positive Gewinnlage veranlassen die Bauunternehmen nicht zu einer regeren Investitionstätigkeit. Der Investitionssaldo liegt bei -29 Prozentpunkten (Abb. 8 und 9) Ein Viertel

der Unternehmen plant keine Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten. Die anderen Unternehmen tätigen die notwendigen Ersatzinvestitionen. Hohe Investitionssummen über 500.000 € werden aktuell nicht geplant.
Der Beschäftigungssaldo ist leicht negativ. Im Baugewerbe ist das vor allem Ausdruck des Fachkräftemangels. Viele Unternehmen würden Einstellungen vornehmen, wenn sie geeignete Bewerber fänden. 58 % der Unternehmen bleiben erfolglos bei der Suche nach Mitarbeitern mit dualer Berufsausbildung, 50 % finden zudem keine geeigneten Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Drei von vier Bauunternehmen setzen KI noch nicht ein und planen dies vorerst auch nicht.

Im *Handel* ist der Geschäftslagesaldo weiterhin negativ und auf ähnlichem Niveau wie bei den beiden Vorumfragen dieses Jahres. Dies beruht vor allem auf der negativen Einschätzung der Einzelhandelsunternehmen, während der Großhandel sich positiver äußert. Die Einzelhandelsunternehmen leiden unter einer schwachen Nachfrage und einer sehr schlechten Gewinnlage. Der Gewinnlagesaldo liegt im Einzelhandel bei -37 Prozentpunkten und ist damit weitaus schlechter als in der gewerblichen Wirtschaft im Durchschnitt. Auf die kommenden 12 Monate blicken die Händler mit großer Sorge (Erwartungssaldo H 26: -46 Prozentpunkte). 73 % der Handelsunternehmen nennen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko für ihre Geschäfte. Sie sprechen in diesem Zusammenhang die hohen Lohn-, Energie- und Bürokratiekosten an, aber auch die Unsicherheit durch das Fehlen einer stringenten Wirtschaftspolitik. 69 % und 64 % der Unternehmen haben direkt die Energiepreise und die Arbeitskosten als Geschäftsrisiken benannt. Die pessimistischen Erwartungen erklären sich aber auch dadurch, dass 57 % der Handelsunternehmen die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko sehen. Sie spüren Kaufzurückhaltung und eine hohe Preissensibilität bei den Konsumenten, was die Konkurrenz mit dem Onlinehandel zusätzlich befeuert. Sie erwarten daher keine Änderung zum Guten in den kommenden 12 Monaten. Die geringen Erwartungen und schlechte Gewinnlage halten die Handelsunternehmen weiterhin von Investitionen ab. Der Investitionssaldo verharrt nun schon seit vielen Umfragen bei etwa -30 Prozentpunkten. Die Investitionsausgaben bleiben im Wesentlichen unter 100.000 €. Sie dienen vor allem der Ersatzbeschaffung. 31 % der Unternehmen nennen Rationalisierung als Investitionsmotiv.
Die Beschäftigung in der Branche wird weiter rückläufig sein. Der Beschäftigungssaldo ist bei der aktuellen Umfrage im Vergleich zu den Vorumfragen gesunken und liegt nun bei -36 Prozentpunkten (FS 26: -15 Prozentpunkte). Aber nicht nur die konjunkturellen Gründe drücken die Beschäftigungsbilanz im Handel. Die Unternehmen berichten zwar, dass der Fachkräftemangel in ihrer Branche deutlich zurückgegangen ist, aber dennoch können etliche Unternehmen (H 26: 31 %) noch immer offene Stellen nicht adäquat besetzen. Rund 70 % von diesen suchen umsonst Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung. Außerdem beklagen sie die schlechte Qualifikation von Bewerbern auf Ausbildungsplätze.
Aufgrund der aktuellen Diskussion über die Abschaffung oder den Erhalt von Minijobs wurden die Unternehmen bei der Herbstumfrage 2026 gefragt, wie wichtig geringfügige Beschäftigung für ihr Unternehmen ist. Während die Industrie und das Baugewerbe geringfügiger Beschäftigung keine besondere Wichtigkeit einräumen, gab etwa die Hälfte der Handelsunternehmen an, dass geringfügige Beschäftigung für ihr Unternehmen wichtig ist - für die Hälfte davon sehr wichtig, für die andere Hälfte eher wichtig. Als Gründe für die Wichtigkeit nennen sie die Flexibilität, die sie durch den Einsatz von Minijobbern gewinnen. Manche gewinnen dadurch auch Arbeitskräfte, die im Hauptjob einer anderen Beschäftigung nachgehen oder Rente beziehen.

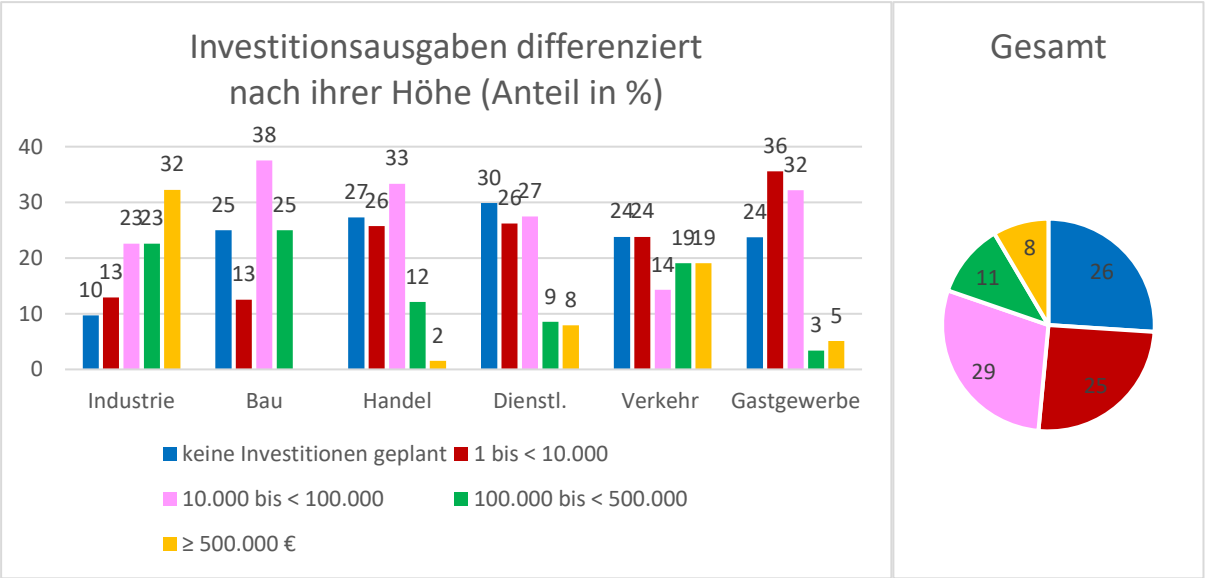
Abb. 8



Die Lage in den *Dienstleistungsunternehmen* wird nach wie vor besser beurteilt als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Regional gebundene Dienstleistungsunternehmen, das sind insbesondere haushaltsnahe Dienstleistungen, profitieren von einem geringeren überregionalen Wettbewerbsdruck, weil die angebotene Dienstleistung eine räumliche Nähe zum Kunden erfordert. Daher ist die Auftragslage im Dienstleistungsgewerbe günstiger als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Auch bzgl. der Gewinne geht es den Dienstleistungsunternehmen überdurchschnittlich gut. Allerdings hat sich die Gewinnlage in diesem Jahr auch bei ihnen verschlechtert. Im Durchschnitt der drei Umfragen im Jahr 2026 liegt der Gewinnlagesaldo bei 0 Prozentpunkten, während er im vergangenen Jahr noch bei +17 Prozentpunkten lag.

Die Erwartungen haben sich gegenüber den beiden Vorumfragen des Jahres 2026 verbessert. Der Erwartungssaldo liegt bei den unternehmensnahen und den haushaltsnahen Dienstleistungsunternehmen bei -15 Prozentpunkten und damit insgesamt auf dem Niveau der Vorjahresumfrage. Die unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen sehen Risiken für ihre Geschäfte vor allem in den hohen Arbeitskosten und der Inlandsnachfrage, während bei den haushaltsnahen Dienstleistungsunternehmen die Energiepreise und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen am häufigsten als Risiken genannt werden. Bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden vor allem die ausufernde Bürokratie und mangelnde Planbarkeit aufgrund unsicherer Rahmenbedingungen angesprochen.

Abb. 9



Auch im Dienstleistungsgewerbe überwiegen die Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben zurückfahren werden gegenüber denjenigen, die höhere Ausgaben planen stark (Investitionssaldo: -31 Prozentpunkte). Die günstigere Gewinnlage der haushaltsnahen gegenüber den unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen führt zu einer etwas höheren Investitionsbereitschaft der ersteren. Die Anzahl an Unternehmen, die angeben, keine Investitionsausgaben zu planen, ist mit 30 % im Branchenvergleich sehr hoch. Die investierenden Unternehmen belassen es im Wesentlichen bei Investitionen bis 100.000 €. Neben Ersatzinvestitionen geben jeweils etwa ein Viertel Rationalisierung, Produktinnovation und Kapazitätserweiterung als Investitionsmotiv an.
Die Beschäftigungspläne der unternehmens- und haushaltsnahen Dienstleistungsunternehmen drücken aus, dass die Branche auf Stabilität und Kontinuität setzt. Bei den unternehmensnahen gehen drei von vier Unternehmen von einer konstanten Belegschaftsgröße aus, bei den haushaltsnahen sind es sogar 83 %. Der Hälfte der Dienstleistungsunternehmen ist die Existenz von Minijobs nicht wichtig, der anderen Hälfte ist sie wichtig. Sie verwenden Minijobs um Arbeiten, die in geringer Menge anfallen, erledigen zu lassen oder um Auftragsspitzen abarbeiten zu können.

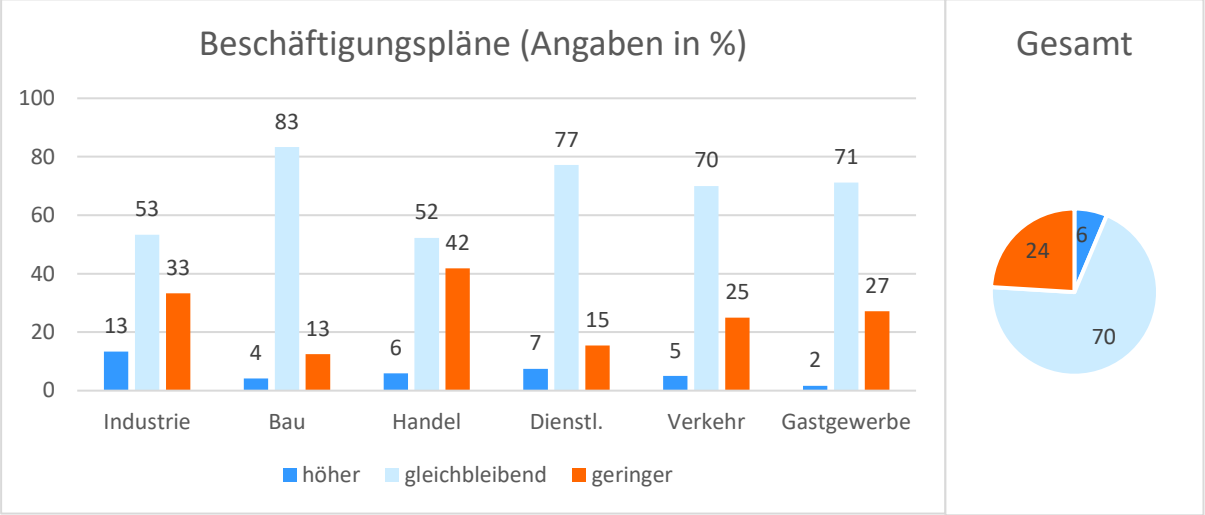
Im *Verkehrsgewerbe* hat sich die Geschäftslage verbessert. Der Geschäftslagesaldo liegt nun bei +14 Prozentpunkten (FS 26: -26 Prozentpunkte). Dies liegt daran, dass sich die Auftragslage gegenüber der Vorumfrage verbessert hat. Die Gewinnlage ist mit einem Saldo von -33 Prozentpunkten sehr negativ, aber sie wird damit etwas besser beurteilt als bei der Vorumfrage (FS 26: -57 Prozentpunkte). Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Ankündigungen der beiden Energiesteuersenkungen in diesem Jahr jeweils etwa zur Hälfte des Umfragezeitraums fielen. Die Unternehmen, die in der jeweils 2. Hälfte des Umfragezeitraums geantwortet haben, werden folglich bei ihren Antworten die angekündigten Energiepreissenkungen berücksichtigt haben. Wie sehr das Verkehrsgewerbe von den Energiepreissenkungen profitiert, hängt von den Frachtverträgen ab. Da die Kraftstoffkosten zumeist von den Transportunternehmen vorfinanziert werden müssen, führt die Energiesteuersenkung zumindest zu einer Verbesserung ihrer Liquidität.

Die Erwartungen im Verkehrsgewerbe haben sich allerdings nochmals verschlechtert. Der Erwartungssaldo liegt nun bei -52 Prozentpunkten (FS 26: -39 Prozentpunkte). 90 % der Unternehmen geben an, dass von den Energiepreisen Risiken für ihre Geschäfte ausgehen und 80 % von ihnen sehen in den Arbeitskosten Risiken auf ihre Geschäfte ausgehen. Da die Energiesteuersenkung bis Jahresende 2026 befristet ist und der Mindestlohn zum 1. Januar 2027 steigen wird, ist für die Unternehmen jetzt schon eine erneute Kostensteigerung absehbar, die ihre Wettbewerbsposition weiter verschlechtert.

Die schlechte Gewinnlage und die ungünstigen Erwartungen bremsen die Investitionsbereitschaft. Jedes zweite Unternehmen plant geringere Investitionsausgaben, nur jedes fünfte einen Anstieg der Investitionsausgaben. Etwa ein Viertel der Unternehmen fasst für die kommenden 12 Monate keine Investitionsausgaben ins Auge. Für 94 % der investierenden Unternehmen ist Ersatzbeschaffung das Investitionsmotiv. Zur Kostenreduktion investiert etwa jedes vierte Unternehmen in Rationalisierungsmaßnahmen.

Kaum ein Unternehmen rechnet mit einer Vergrößerung der Belegschaft. Neben betriebswirtschaftlichen Gründen, die die Unternehmen von Einstellungen abhalten, verhindert der Arbeits- und Fachkräftemangel von den Unternehmen angestrebte Einstellungen. 43 % der Unternehmen berichten, dass sie offene Stellen nicht besetzen können. Geringfügige Beschäftigung ist auch in dieser Branche wichtig, um Saisonspitzen oder Ausfälle anderer Mitarbeiter abzufedern. Für ein Drittel der Unternehmen ist die Möglichkeit geringfügiger Beschäftigung deshalb sehr wichtig, für etwa ein Viertel ist sie eher wichtig. Für die anderen Unternehmen ist geringfügige Beschäftigung eher unwichtig.

Abb. 10



Im *Gastgewerbe* hat sich die Geschäftslage seit der Umfrage vom Frühsommer 2026 erheblich verbessert. Der Geschäftslagesaldo ist von damals -11 Prozentpunkten auf jetzt +20 Prozentpunkte angestiegen. Die verbesserte Geschäftslage findet sich bei den Beherbergungsbetrieben und den gastronomischen Betrieben. Die Gäste- und Übernachtungszahlen in der Sommersaison waren zufriedenstellend. Die Herausforderung für die Branche sind steigende Kosten bei gleichzeitig hohem Preisbewusstsein der Gäste. Dies spiegelt sich in den Antworten der Unternehmen zur Gewinnlage wider. Diese hat sich zwar verbessert gegenüber der Vorumfrage, aber die Stimmen, die von schlechten Gewinnen sprechen, überwiegen die, die von guten Gewinnen sprechen, bei Weitem: Der Gewinnlagesaldo liegt bei -28 Prozentpunkten. Mit dem Vorbuchungsstand sind die Beherbergungsbetriebe weniger zufrieden. Ihre Kunden buchen immer kurzfristiger; denn die gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit veranlasst, Konsumentscheidungen hinauszuzögern und auf Rabattaktionen zu warten.

Die Erwartungen unter den gastgewerblichen Betrieben haben sich wieder etwas verbessert, bleiben aber insgesamt sehr pessimistisch. Der Erwartungssaldo liegt aktuell bei -27 Prozentpunkten (FS 26: -41 Prozentpunkte). Die Energiepreise und die Arbeitskosten werden von nahezu allen Betrieben als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung gesehen. Bei 88 % der gastronomischen Betriebe gehen außerdem von steigenden Lebensmittelpreisen als weiteren Kostensteigerungen Risiken aus, da sie es für schwierig halten, weitere Preissteigerungen bei ihren Kunden durchzusetzen. Knapp 60 % der Unternehmen im Beherbergungsgewerbe und der Gastronomie nennen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko. Berechenbarkeit und Handlungsfähigkeit der Politik werden in diesem Zusammenhang immer wieder angesprochen.
Die schwierige Gewinnlage und die schlechten Erwartungen halten die Branche weiterhin von Investitionen ab, die über Modernisierung und Ersatzbeschaffung hinausgehen. Knapp 60 % der Unternehmen bleiben mit ihren für die kommenden 12 Monate geplanten Investitionsausgaben unter 10.000 €. Investitionen über 100.000 € finden nur vereinzelt statt. In dieser wirtschaftlichen Lage geht kaum ein Unternehmen von einer Vergrößerung der eigenen Belegschaft aus. 71 % bemühen sich ihre Beschäftigtenzahl zu halten. Aufgrund des Arbeits- und Fachkräftemangels gelingt es 43 % der Beherbergungsbetriebe nicht offene Stellen zu besetzen. In vielen Beherbergungsbetrieben sind ausländische Fachkräfte inzwischen ein fester und geschätzter Bestandteil der Belegschaft. Deshalb sprechen sich 44 % der Beherbergungsbetriebe – und damit weit mehr als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft - dafür aus, die Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland weiter zu erleichtern. In der Gastronomie scheint der Arbeits- und Fachkräftemangel nachgelassen zu haben: Nur noch etwa jeder vierte Betrieb kann offene Stellen nicht besetzen.
Minijobs spielen im Gastgewerbe eine große Rolle. 43 % der Unternehmen halten die Möglichkeit geringfügiger Beschäftigung für sehr wichtig, 29 % halten sie für eher wichtig. Für sie ist die Flexibilität im Einsatz, die der Minijob ermöglicht, die wichtigste Eigenschaft.

Zusammenfassung

Das Konjunkturklima im östlichen Mecklenburg-Vorpommern hat sich etwas aufgehellt. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Indikatoren zeigen, dass damit kein nachhaltiger Aufschwung eingeläutet wird. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist stark unter Druck, die gestiegenen Kosten verschaffen ihnen nicht mehr die Eigenkapitalbasis, um zukunftsgerichtete Investitionen zu tätigen. Ein großer Teil sieht sich gezwungen, sich auf Ersatzinvestitionen zu beschränken. Insgesamt ist die Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen unter den Unternehmen sehr groß.

Um wieder auf einen Wachstumskurs zu gelangen, muss die gewerbliche Wirtschaft schnell finanziell entlastet werden, vor allem durch

- Senkung der Energiekosten
- Reformen in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die die Lohnnebenkosten reduzieren
- Steuer- und Abgabensenkungen
- Berufliche Bildung stärken: Ausbildungsfähigkeit erhöhen und Berufsschulstandorte sowie -lehrkräfte sichern
- Entlastung von bürokratischen Vorgaben

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de